

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 20 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 1,00 Mk.,
vierteljährlich 4,00 Mk. frei im Hause.

Verlagskonto, Nr. 23885
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenkolonne ober dem Raum 125 Nr. umwärts 1,50 Mk.
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Politische Uebersicht.

Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet.

Bruch des Abkommens.

Gegen den zwischen Arbeiterschaft und Regierung getroffenen Vereinbarungen ist die Reichswehr in das Ruhrgebiet eingerückt und hat eine Anzahl Städte und Ortschaften besetzt. Der Einmarsch der Truppen erfolgte, wie der Reichskommissar Severing in einem Aufruf ausdrücklich mitteilt, auf Anweisung der Regierung. Durch diesen Willkürakt hat die Regierung ihre Maske wieder gelüftet. Es ist jetzt die Pflicht des klassenbewußten Proletariats, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Frankreichs Zwangsmaßnahmen gegen den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet.

Darmstadt und Frankfurt a. Main besetzt.

Paris. Millerand hat an den deutschen Geschäftsträger Mayer ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß er die sofortige Zurückziehung der in das Ruhrgebiet unrechtmäßigern wie eindringenden Truppen dringend verlangt und erklärt, Frankreich könne keine Abweichung von Artikel 44 des Versailler Friedens gestatten. Millerand fügt hinzu, es sei amtlich festgestellt, daß die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet die erlaubte Stärke überschreitet und daß der Reichskommissar von der Regierung volle Handlungsfreiheit für ihre Verwendung im Ruhrgebiet erhalten habe, schließlich, daß der Angriff der Reichswehr am 2. April begonnen habe.

Millerand stellt fest, daß die deutsche Regierung durch den plötzlichen Angriff Artikel 44 des Vertrages verletzt habe, was einen feindseligen Akt bedeute, der den Frieden der Welt stören müsse.

Wegen Verletzung des Artikels 44 des Friedensvertrages sind als Zwangsmaßnahme die Städte Darmstadt und Frankfurt a. M. besetzt worden.

Das sind die Folgen der militaristischen Regierungspolitik. Statt den Arbeitern die Säuberung des Ruhrgebietes von unzulässigen Elementen zu überlassen, entschied man sich unter dem Druck der Generale entgegen allen Vereinbarungen für die verderbliche militärische Aktion.

Die Reaktion verhaftet und löst auf.

Wir berichteten neulich über die Revolte des 1. Bataillons des Reichswehrregiments 37 in Leipzig gegen seine reaktionären Offiziere. Zu dem Vorfall teilt die Reichswehrbrigade 19 in Leipzig mit:

Am 30. März haben einige Unteroffiziere des zurzeit in Leipzig befindlichen 1. Bataillons des Reichswehrregiments 37 eine Anzahl Offiziere wegen angeblich reaktionärer Gesinnung für abgelöst erklärt. Die sächsische Regierung hat festgestellt, daß die Verhaftung, die Offiziere seien reaktionär gesinnt, völlig haltlos war. Die zwei Mädel Führer wurden verhaftet, das Verfahren wegen Meuterei gegen sie eingeleitet und das Bataillon, nachdem die Offiziere ihren Dienst wieder aufgenommen hatten, aufgelöst.

Die Offiziere waren also nicht reaktionär — wie es ja überhaupt keine reaktionären Offiziere gibt, wie es ja niemals einen Kapp-Putsch gab! Die Mädel Führer sind in Haft, das Verfahren gegen sie eingeleitet; das Bataillon aufgelöst und die Offiziere (republikanisch und niemals reaktionär!) können wieder ohne Behelligung die Vorbereitungen zum neuen Putsch treffen. So sieht die Reinigung der Reichswehr aus: Die reaktionären Offiziere bleiben in Amt und Würden; die ehrlich republikanischen Chargierten und Mannschaften fliegen ins Gefängnis und werden brotlos gemacht. Deutschland!

Die irische Bewegung.

London. (Reuter.) In der Nacht vom 4. zum 5. April brach anlässlich des Führertages des irischen Aufstandes 1916 in zahlreichen Regierungsämtern in Dublin, Cork und Belfast infolge Brandstiftung Feuer aus u. a. in acht Einkommensteuerämtern. Viele wichtige Dokumente wurden dadurch vernichtet. Belfast war anfangs infolge Zerschneidens der Telegraphendrähte und des Kabels nach England isoliert. Es verlautet weiter, daß die Ausschreitungen in Irland auf Grund eines groß angelegten Planes vorgenommen worden sind. Bis jetzt sind 60 Polizeistationen, von denen die meisten unbesetzt waren, durch Feuer und Sprengstoffe zerstört. 22 Einkommensteuerämter, davon 5 in Dublin, wurden überfallen und die Dokumente vernichtet.

Das Ende der dänischen Krise.

Kopenhagen. Der König berief die Führer aller Reichstagsparteien zu einer Zusammenkunft nach dem Schloß Amalienborg, um über die Lage zu verhandeln. Alle Parteiführer waren darüber einig, daß es notwendig sei, Wahlen nach einem neuen Wahlgesetz abzuhalten, und daß der Generalstreik abgejagt werde.

Staatsminister Liebe erklärte auf Anregung des Königs, daß er zurücktreten wünsche. Der König wird nun dem Oberverwaltungsgerichtsdirektor Frijs die Bildung des neuen Kabinetts übertragen mit der Aufgabe, den Reichstag sobald wie möglich die Sitzungen wieder aufnehmen zu lassen und die Verhandlungen über das neue Wahlgesetz zu Ende zu führen. Alle Parteiführer versprachen ihr Zusammenwirken mit dem neuen auf dieser Grundlage gebildeten Kabinett.

Der Generalstreik wurde abgejagt. — Die ganze Geschichte hat mit der deutschen Kappiade eine gewisse Ähnlichkeit.

Die Revolutionierung der französischen Arbeiter.

Paris. Der Kongreß der Eisenbahner der Ostbahn stimmte einer Motion zu, in der erklärt wird, daß einzig die revolutionäre Aktion das Proletariat rasch befreien könne, da dadurch alle Produktions- und Tausch-Faktoren in seine Hand gelangen. Der Kongreß beschloß, seine Methode des Klassenkampfes, so wie er in dem Statut erwähnt ist, und der mit zu seinen Doktrinen gehört, zur Anwendung zu bringen. Er glaubt dadurch die Verstaatlichung der Eisenbahnen zugunsten der Allgemeinheit verwirklichen zu können. Der Kongreß verpflichtet sich, die Propaganda in rein revolutionärem Geiste zu vermehren in Uebereinstimmung mit dem Statut und den Grundsätzen der Confederation generale du travail. Der Kongreß erklärte seine volle Uebereinstimmung mit der Confederation generale du travail und der Arbeiterinternationale.

Gefahr.

D. Li. Otern, das christliche Fest der Auferstehung, der Erneuerung ist verübert. Die Kirchenpredigten, naiven Gorgefänge, Pastoren Beiratsartikel in nationalen Zeitungen, die noch immer völlig überlebte Begriffe als einzige Wahrheit verkünden (auch wenn der Pfaffe an den theatralisch servierten Sermon selbst nicht glaubt) sind verklungen; und die Titanen bleiben (wenn fauler Zauberei) einzig und allein Kultus, Privatangelegenheit, Sentimentalität, Aufjogung. Die Auferstehung, die Erneuerung im Sinne einer sozialen und persönlichen Vervollkommenung der Menschheit kam nicht, es beschränkte sich alles auf die geduldigen Gebetbücher der Einfalt. Nur gewisse Kapp-Geistliche — und deren Zahl ist nicht gering — glaubten wohl an eine Erneuerung, eine bessere Neuaufgabe eines ultrareaktionären Putschs

während der Ostertage. — Zwar blieb dem deutschen Proletariat eine Wiederholung des offenen Rechtsangriffs bis jetzt erspart, an den Vorbereitungen dazu, an durchgeführten Maßnahmen gesetzer Arbeitende Volk liegen es jedoch die interessanteren Kreise unter Billigung und Führung der Reichs- und Landesregierung durchaus nicht fehlen. Hat denn die Politik bedingt durch die März-Ereignisse einen anderen Kurs eingeschlagen? Sind die Reaktionäre, die es bis es erlosam, bereit andere geworden, daß nun ein besserer Wind weht? Es gehört wirklich keine Intelligenz dazu, um feststellen zu können, daß die dösen Mädel aus den Tagen der Kapp-Putsch weiter die Mädel der Gegenwart sind. Wohl haben einige ganz reaktionäre Minister, Beamte, Offiziere vorläufig die

Bühne der Öffentlichkeit verlassen, ein Wechsel des Systems ist aber keineswegs eingetreten und konnte auch nicht stattfinden, da eine nennenswerte Kräfteverschiebung zugunsten des Proletariats, die allein imstande ist, eine Systemänderung herbeizuführen, ausblieb.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten beantworteten den Kapp-Putsch mit dem Generalstreik und teilweise mit offener Gewalt. Nur an der geschlossenen Aktion der Proletarier ist der reaktionäre Streich gescheitert; die Regierungsgelächter und Parlamente haben am allerwenigsten Anteil an der Niederringung der schwarz-weiß-roten „Stückmacherei“. Als die lauten und halblauten Kapp-Offiziere, Kapp-Soldaten und Kapp-Beamten sahen, daß ihre Herzensregierung der „Freiheit und der Tat“ so schnell verächtlich gegangen war, stellten sie sich mit fabelhafter Elastizität wieder auf den auch ganz angenehmen Boden der schwarz-rot-goldenen Verfassung. Und behielten ihre Kommandostellen, ihre Waffen, ihre Riffsors genau so, wie das Koalitionskabinett (Rechte sozialisten, Demokraten und Zentrum) natürlich weiter kapitalistisch-militaristische Politik betreibt. An die Stelle des „republikanischen“ Jutimus von Lüttich trat der „verfassungstreue“ Jutimus von Seekt. Das ist alles; die Panzerautos, Maschinengewehre und Minenwerfer haben ihre reaktionären, terroristischen Weisiger beibehalten, und es ist höchlich gleichgültig, ob wilhelminische schwarz-weiß-rote oder verfassungstreue schwarz-rot-goldene Fähnchen an den Mordinstrumenten gegen das Proletariat flattern. Die Abwehr der Proletarier gegen die Kapp-Tat war gut, die Offenstoe zur Erneuerung scheiterte an zwei Realitäten: Die Waffen blieben durch das geschickte Manöver der plötzlich wieder eingeschalteten Verfassungstreue weiter in der Hand der reaktionären Körperschaften, und die Massen waren unter dem Einfluß mehr oder minder bremsender Führer doch noch nicht aktiv genug, die Bewegung zu ihrem Nutzen weiterzutreiben. Es fehlte ihnen auf Grund des Mangels an Erkenntnis der unabweiglichen Wille zur Systemänderung. Die Lektion Kapp war noch zu wenig einleuchtend. — Die Herren von gestern regieren also weiter als die Herren von heute, d. h. sie gehorchen mehr oder weniger willig den Befehlen der Generale, der Offiziere. Herr Reichspräsident Ebert, der Busenfreund Gustav Noskes, hat vor einigen Tagen die Reichswehr mit einem Manifest beehrt (das Oster), das gegen die anständigen Unteroffiziere und Mannschaften, die zur höchst notwendigen Selbsthilfe gegen die reaktionären Vorgelegten geschritten sind, resp. noch schreiten wollten, sehr frächtige Töne anschlägt, während über die Kapp-Offiziere so ziemlich das Verzeihen republikanischer Toleranz „verhängt“ wird. Der allerhöchste Ebert-Erlaß lautet:

Eine liebgeliebte Beunruhigung hat im Anschluß an den Staatsstreik vom 13. März in der Reichswehr um sich gegriffen. Die Frage der Bestrafung der am Putsch Beteiligten, sowie die Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in Zukunft, hat in den ersten Tagen unter den Unteroffizieren und Mannschaften begriffliche Erregung geschaffen, die an verschiedenen Stellen zu Handlungen der Selbsthilfe geführt haben. Durch Erlasse des Reichswehrministers ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß alle am Putsch mitschuldigen militärischen Vorgesetzten der gerichtlichen Bestrafung unterliegen werden, daß aber die Verführten keine Verantwortung trifft für die Ausföhrung der ihnen von treulosen Führern gegebenen Befehle. Es wurde ferner in dem Erlaß gesagt, daß ein eigenmächtiges Eingreifen in Untersuchungen von undfugter Seite, sowie eigenmächtige Auflösung oder Neubildung militärischer Formationen keinesfalls mehr geduldet werden kann. Derartige Uebergreife gefährden den Bestand der Reichswehr, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unentbehrlich ist. Ich erinnere daher erneut daran, daß jede Handlung, wie die Absetzung von Offizieren und eigenmächtige Neuwahlen von Führern als eine Verletzung der Disziplin und als Vergehen gegen Verfassung und Gesetz anzusehen ist, und nur den Gang der ordnungsmäßigen Umrichtung behindert. Ich bin entschlossen, um jede Politik aus der Reichswehr fernzuhalten, keinerlei politische Betätigung in irgendwelcher Richtung in ihr zu dulden und die Truppe zu einem in sich geschlossenen, von verfassungstreuen Führern geleiteten Machtmittel zum Schutze der Ordnung zu gestalten. Ich erwarte, daß die Reichswehr im Vertrauen auf die von mir und der Regierung eingeleiteten Führer, sich rückhaltlos und in straffer Disziplin der schweren Aufgabe der Sicherung des Reiches und seiner Verfassung zur Verfügung stellt. Nur so wird es möglich

sein, das durch den Staatsstreik stark erschütterte Vertrauen des Volkes zur Reichswehr wiederzugewinnen, ohne das sie ihrer schweren Aufgabe nicht gerecht werden kann. Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die in den Tagen der Revolte ihre Pflicht getan haben und unter schwierigen Verhältnissen weiterkamen, sage ich im Namen des Reiches meinen Dank.

In der Tat macht die Säuberung der Reichs- und Einwohnerwehr von allen Kapp-Elementen großartige Fortschritte, und die Bekämpfung der Schuldkriegs an die Schrecken der auch Herrn Ebert so geläufigen Bartholomäusnacht (sein ehemaliger Reichskanzler Bauer sprach bekanntlich i. J. von der Bartholomäusnacht, die die Unabhängigen am 13. Januar 1920 unter den Mitgliedern der Nationalversammlung anrichteten wollten). Allerdings weist die Republikanisierung der bewaffneten Organisationen den eigentümlichen Schönheitsfehler auf, daß die Unteroffiziere und Mannschaften entlassen, drangsaliert und verhaftet werden, die sich antiklappistisch betätigten, während die reaktionären Personen (vor allen Dingen Offiziere) ruhig weiter kommandieren, konspirieren und lustig leben dürfen. Man denke an die Fälle Glay, Infanterie-Regiment 11 in Breslau und lese folgende Meldungen der Berliner „Freiheit“, die so recht beweisen, wie der eiserne Besen gegen die reaktionäre Kamarilla nicht feigt. Die „Freiheit“ berichtet:

„In Altenburg hatten die Unteroffiziere und Mannschaften der zweiten Abteilung des Landjägerskorps ihre Offiziere angegriffen, weil diese die verfassungsmäßige Regierung gestürzt hatten und die Diktatur Lüttwisch-Kapp zu proklamieren versuchten. Dem Abteilungsleiter, Offiziersstellvertreter Borchert, wurde daraufhin von der Reichswehrbrigade 16 mitgeteilt, daß die zweite Abteilung wegen ihres Eintretens für die Regierung Ebert-Röste aus dem Verband des Landjägerskorps ausgestoßen sei. Die Staatsregierung in Sachsen-Altenburg übernahm daraufhin die Führung und Verpflegung des Truppenteils. Staatsrat Böhme begab sich am 26. März im Auftrage der Regierung nach Berlin, um bei den leitenden militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß die verfassungstreuen Landeskämpfer in Altenburg verbleiben. Major v. Stockhausen ließ aber bei der Botschaft deutlich erkennen, daß das Verhalten der Landeskämpfer höheren Orts keine Anerkennung findet. Der pflichtgetreue Truppenteil wird von den höheren militärischen Führern als eine Meuterei betrachtet und die Versuche, ihn aus Altenburg zu entfernen, werden trotz Einspruchs der Regierung fortgesetzt.

Bezeichnend ist ferner folgender Fall. Mannschaften und Unteroffiziere des Reichswehr-Pionier-Bataillons 15 hatten während der Kapp-Ära ihre Offiziere gefangen gesetzt, nachdem diese versprochen hatten, das Bataillon zur Meuterei zu bewegen. Das Bataillon wurde darauf von Teilen der Marine-Brigade angegriffen und entwaffnet. Die Unteroffiziere wurden in schimpflicher Weise mißhandelt und abgeführt. Das Bataillon wurde nach Jossen geführt und untersteht noch jetzt der Führung der alten Offiziere.

Sieben der gefangenen Unteroffiziere waren standrechtlich als Meuterer zu insgesamt 61 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie wurden nach 8 Tagen allerdings entlassen. Der Bataillonsführer weigert sich, die Unteroffiziere wieder einzustellen, denn sie seien für ihn trotzdem Meuterer und müssen eigentlich mit dem Tode bestraft werden. Die verhafteten gewesenen Unteroffiziere sind infolgedessen bis jetzt noch nicht zum Bataillon zurückbeordert worden.

In ähnlicher Weise wird den Feldwebeln und Unteroffizieren des 2. Bataillons vom Reichswehrregiment 5 in Potsdam der Dank des Vaterlandes abgelehnt, die sofort nach dem Kapp-putsch der alten Regierung in einer Eingabe mitteilten, daß die Offiziere des Bataillons den Verzicht gemacht haben, die Truppe für das Unternehmen der Lüttwischer zu mißbrauchen unter dem schwindelhaften Versprechen, es gehe um die Sicherung der Regierung Ebert. Wegen dieser Eingabe hat der Bataillonsführer Major von Rohrscheidt jetzt den Unteroffizieren ihre Entlassung angekündigt und einige Leute sind bereits entlassen worden. Der Herr Major erklärte ihnen, er löste für den Kampf gegen den „Volksewisimus“, der nun komme, nur zuverlässige Leute brauchen. Leute, die der verfassungsmäßigen Regierung die Treue gehalten haben, gelten in der Reichswehr als unzuverlässig.

Ein Dokument für diese Zustände ist ferner ein aus vorliegender Entlassungsgeschichte, der vom Schießplatz-Kommando des Schießplatzes in Regel ausgeht. In dem Entlassungsgeschehen heißt es:

Grenadier Sellings war bei der Wirtschaftskommission und wurde am 17. 3. 20 auf eigenen Wunsch entlassen, und zwar aus dem Grunde, weil er sich nicht zur neuen Regierung bekannt hat. Sellings ist deshalb für die Reichswehr nicht gerügelt. Führung: — Strafen: — Brauß 41. Garde-Regt. zu Fuß, Pionier-Bataillon, (Strafpl. und Unteroffizier.)

Der Entlassungsschein ist von einem Feldwebel Steinhauser unterzeichnet.

Das tolle Stückchen hat sich jedoch der Herr Reichswehrminister selbst gelistet. In Wilhelmshafen sind die Kapp-Offiziere, die von verfassungstreuen Truppen in Haft genommen worden sind, auf Befehl des Reichswehrministers und auf Grund einer Entscheidung des Reichsmilitärgerichts entlassen worden. Die Strafen und die Verurteilung ist außer acht gelassen über diesen Streich und die Koalitionsparteien haben beim Reichspräsidenten bereits Protest eingelegt. Ob mit Erfolg ist noch zu bezweifeln.

Die Beispiele häufen sich. Von einer Republikanisierung der Reichswehr ist keine Rede, im Gegenteil, sehr eifrig wird mit dem Schwert: Gegen den Volksewisimus voran gearbeitet, sie zu einer festen Hochburg monarchistischer Reaktion auszubauen. (Schluß folgt.)

Aus der Internationale.

Die französischen Sozialisten und die deutsche Revolution.

Aus dem Aufsatz: „An die Arbeiter Frankreichs“ der ständigen Verwaltungskommission der französischen Partei. Kameraden!

In Deutschland beginnt die zweite Revolution. Die erste vom November 1918 hat die alte politische Struktur umgeworfen, indem sie eine verbrecherische Dynastie und die feudale Militärmacht niederwarf, die diese stützte. Aber der deutschen Bourgeoisie war es gelungen, gleich der Bourgeoisie Frankreichs in den Jahren 1820, 1848 und 1871 diese mächtigen Anläufe zu hemmen. Mit der Hilfe von Führern, die die Sozialdemokratie verraten haben, bildete sie Koalitionskabinette, deren Hauptaufgabe darin bestand, die Aufstrebungen der Arbeiter zu brechen. Die Koste, Heine, Südekum waren die Handlanger dieser Politik. Durch ihr Bündnis mit den Junkern des Generalstabes ist es ihnen gelungen, die sozialistischen Erhebungen, deren Ziel die restlose Befreiung des deutschen Volkes war, im Blute zu erstickten, bis die Stunde kam, wo die durch das ihnen dargebrachte Entgegenkommen ermüdeten Lüttwisch und Kapp, diese Instrumente der Lubenborff und Hundenburg, durch einen Staatsstreich die Wiederaufrichtung der Monarchie und die Herrschaft der hohen Militärs wiederherzustellen versuchten...

Der Sieg des deutschen Proletariats über den Staatsstreich war gleichzeitig ein Sieg über das gemeinsame Prinzip aller Regierungen Westeuropas, der Generalkrieg war die Waffe der siegreichen Revolution, die Waffe, die die Mächte

Wir fragen:

Wie weit sind die Nachforschungen nach dem Verbleib der von den uniformierten Kapp-Beistien verschleppten Genossen (Schottlaender usw.) gediehen? Welche Stellen resp. Personen treiben augenscheinlich Sabotage, um die restlose Aufdeckung der Verbrechen und die Verhaftung der Schuldigen zu verhindern?

der Unterdrückung vernichtete, die auf Millionen von Arbeitern lasteten. Die liberalen und katholischen Bourgeoisie Deutschlands hat in dieser Krise nur eine negative Rolle gespielt. Sie hat geglaubt, daß das Proletariat sich für sie schlage; aber dieses Proletariat hat für die Revolution gekämpft, für die zweite Revolution.

Und unter verschiedenen Phrasen, wie es von jeher der Fall war, entwickelt sich diese zweite Revolution; sie tritt aus den großen Industriezentren heraus, um das übrige Deutschland zu gewinnen. Wir begrüßen sie, wie wir die heute siegreiche russische Revolution begrüßt haben. Die proletarische Bewegung marschiert von Osten nach Westen, wie gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Umsturz des alten absolutistischen und feudalen Regiments von Westen nach Osten schritt.

Das französische Proletariat muß sich auch mit aller Dringlichkeit auf seine große Aufgabe vorbereiten: die Aufgabe der Befreiung, des Umsturzes, oder auch des Wiederaufbaues. Es muß auf den Ruinen der sterbenden Gesellschaft, auf dem Schutt der vernichteten Privilegien eine neue Welt der Solidarität, der wirtschaftlichen Gleichheit und der harmonischen, auf das Wohlergehen der Gesamtheit abgebotenen Produktion aufrichten. Aber vor dem Eintritt dieses Ereignisses, das die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter so schnell wie möglich zu erlangen trachten sollen, erhebt vor uns eine dringende Verpflichtung!

Die deutsche Revolution muß sich frei entfalten können, wir müssen mit dem Hochmut unserer Kräfte jedes Unternehen bekämpfen, das direkt oder indirekt, brutal oder heimlich und verheißt den Zweck verfolgen könnte, gegen sie die Bourgeoisie jenseits des Rheins zu unterstützen. Von Euch hängt es ab, daß die alliierten Generalstabe ohnmächtig werden, die in Vorbereitung sich befindenden Pläne zu verwirklichen: die Pläne einer internationalen Unterdrückung der deutschen Revolution zugunsten der internationalen Reaktion. Die Zukunft des Weltproletariats ist an die Zukunft des deutschen Proletariats ebenso gebunden, wie sie an den Erfolg der russischen Revolution geknüpft war. Wir werden es nicht zulassen, daß die Franzosen dazu mißbraucht werden...

Diese Darstellungen der augenblicklichen Ereignisse zeigen Euch, daß wir keine Zeit zu inneren Zwistigkeiten haben. Die Stunde gehört der Aktion, der sie vorbereitenden Organisationen, der Solidarität aller proletarischen Kräfte, die bei uns und überall jetzt aus der Revolution eine siegreiche Lanze des morgigen Tages machen wird.

Die „Ordnung“ in Budapest.

Klondy-George erklärt vor einigen Tagen im englischen Unterhaus, daß die ungarische Regierung eine musterhafte Ordnung erreicht zu haben imstande sei. Nur einige Belege zu dieser Behauptung des englischen Ministerpräsidenten:

Die Kränzen des Oberbefehlshabers und der Kommandanten gehört zu den heiligsten Symbolen der ungarischen Monarchie; es ist gleichsam die Ehre der Nation, und wie es in Ungarn anders nicht abgibt, an den von den Königen der ungarischen Krone übergebenen Kränzen sind an einer Stelle ein Auto-Wagen und von dem Wagen hängen drei Männer. Ein junges Mädchen und ein junger Mann gingen an ihnen vorbei: einer der Männer packte das Mädchen an, die zwei anderen ihren Begleiter, jedoch die Wache schreien die Augen einer desastrischen Begegnung in das

Auto-Wagen und trugen mit rasender Geschwindigkeit davon. Polizeibeamte, die Augenzeugen dieses Menschenraubes waren, machten den Versuch, das menschenraubische Fahrzeug, das die Nummer B. P. IV - 457 trug, einzufangen; es gelang ihnen aber nicht und es fehlt von den Entführten noch immer jede Spur.

Vor einigen Tagen wurden bei der Delinquent Dunatova und bei Felsögh die Leichname zweier anscheinend ermordeter Männer ausgegraben. Von den Tätern ist nichts bekannt geworden und die Verantwortlichkeit der Toten ist bisher auch nicht festgestellt.

Der Polizeibeamte Jancsó fuhr mit seiner Frau in einem Wagen durch die Andrássystraße nach seiner Wohnung. Von einer Pairouille, die von einem Offizier geführt wurde, wurde der Wagen angehalten und Jancsó mit den Worten: „Stieg aus, Jude, samt deiner Frau!“ zum Aussteigen gezwungen. Er wurde daraufhin untersucht, ob er tatsächlich kein Jude sei, und nachdem er sich als Polizeibeamter legitimiert, wurde er entlassen. Er meldete den Fall dem Reichswehrminister Horváth, von dem wurde er an das Oberkommando überwiesen, und nachdem er dort mit leeren Händen abgewiesen wurde, beschloß er, sich selbst Genugtuung zu verschaffen. Er nahm fünfzehn in Zivil gekleidete Polizisten mit sich und hielt sich allabendlich in einem Café auf, wo sich die Offiziere der Brachialgewalt einzufinden pflegten. Einmal wußte er sich nicht, wie die Offiziere und es erwiderte der schon nicht ungewohnte Besuch, alle männlichen Gäste müßten sich entkleiden, damit ihre Religion offenbar werde. Der erste Gast, an welchem die Offiziere kamen, war der Polizeibeamte Jancsó. Es entspann sich ein Wortwechsel, die zivilkleideten Polizisten stürzten sich auf die Offiziere und nahmen die Gesellschaft auf die Polizeidirektion mit. Dort wurden die Offiziere der Brachialgewalt von der Polizeimannschaft zuerst furchterlich verprügelt und dann in bewußtlosem Zustand auf die Straße hinausgeworfen.

Bei der Polizei herrscht überhaupt über das Treiben der Offiziere der Brachialgewalt helle Empörung und sie rüfen sich dazu, mit ähnlichen Methoden der Herrschaft der Terroristen ein Ziel zu setzen.

Man sieht, die Ordnung in Budapest ist wirklich musterhaft.

Bekanntlich benahmen sich die Stahlhelmlinten Ordnungsbecken in Deutschland ähnlich.

Praktische Sozialisierungsarbeit.

Während die deutsche Regierung und ihre Nationalversammlung schon vor Jahresfrist feierlichst die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige versprochen, ohne bisher das mindeste zur Entlohnung dieses Versprechens getan zu haben, ist man in anderen Ländern, die man bei uns als kulturell rückständig zu estimieren pflegt, längst praktisch ohne viele Rederei vorgegangen. So in Tschechoslowakien. Ende vergangenen Jahres beschloß die tschechische Nationalversammlung ein Gesetz, durch das die gesamten riesigen Wäldungen des Landes in Staatsbesitz überführt wurden. In der darauffolgenden Woche nahm sie erneut ein Sozialisierungs-gesetz an, durch das das ausschließliche Recht der Ausbeutung des Petroleumsvorkommens in Tschechoslowakien gleichfalls auf die öffentliche Verwaltung übertragen wird.

In der freiesten Demokratie der Welt wäre viel Unheil vermieden worden, wenn man sich statt mit der Aufpöppelung eines neuen Militarismus mit ähnlich nützlicher Arbeit beschäftigt hätte.

Die Revolutionäre Bewegung in Japan.

Berlin. Der „Bosch-Zeitung“ wird aus Kopenhagen telegraphiert: Die Befreiung Zeitung „Befreiung Leader“ veröffentlicht eine Reihe aufsehenerregende Code-Telegramme, die die Wirkung der Auslandsbewegung in Japan schildern. Es sei noch ungewiß, ob sich die Unruhen über das ganze Land verbreiten oder auf die Hauptstadt begrenzt seien. Unschonend seien Soldaten an dem Entstehen der Unruhen beteiligt. Der Fall des Kabinetts soll unmittelbar bevorstehen.

Republik Deutschland

Die Stahlhelmlinten als „Kulturträger“.

Wie die Reichswehr (Kappisten) in Halle hauste.

Unser Bruderblatt in Halle berichtet: „Dienstag, den 24. März, früh 7 Uhr, kamen 6 Reichswehrsoldaten unter Führung des Leutnants Hoppe zu dem 25-jährigen Maurer Emil Gödicke nach Würmisch, Angerstraße 1, und fragten ihn nach seinem Bruder Otto und ob er Waffen im Hause habe. Mit der Antwort Gödicke, sein Bruder sei in Trotha und die Waffen habe er bereits abgegeben, gaben sich die mordlustigen Gesellen nicht zufrieden. Ein Soldat schrie Gödicke an: Sie haben geschossen! Ein anderer hielt ihm dabei das entscherte Gewehr auf die Brust. Dann packte ihn einer, obwohl Gödicke nur notdürftig geleidet war, am Hemdtragen und unter

Fußtritten, Faust- und Kolbenschlägen zertrümmerte die vertierte Soldateska — der Leutnant Hoppe ließ alles geschehen — ihr Opfer zum Hause hinaus. Frau Gödicke, die in einigen Wochen ihrer Niederkunft entgegensteht, wollte ihrem Manne nachfolgen. Doch sie wurde von einem der Mörder mit dem Gewehr zurückgestoßen, so daß sie bewußtlos am Boden liegen blieb. Ihr Mann wurde von der verrotten Landknechtshorde an eine in der Nähe liegende Gartenmauer geschleppt. Einer der Felder schlug ihn dabei mit dem Gewehr in den Rücken, indem er ihm rief: „Schau auf der linken Seite, du Strömer, du wirst erschossen.“ Mit der Faust schlug ein anderer den wehrlosen, all den Brutalitäten ausgelieferten Gödicke ans Kinn, so daß ihm das Blut aus dem Mund quoll. Nachbarinnen waren Zeugen dieser bestialischen Mißhandlungen und schrien entsetzt durcheinander. An der Mauer angekommen, trat Leutnant Hoppe in den Vordergrund. Müde doch ein Fluchversuch unternommen werden. Gödicke, der sich in sein Schicksal ergeben hatte, stand völlig hilflos vor den Kostüben umzingelt an der Mauer. Er sollte zur Saale gehen, damit man ihm um so leichter in den Hinterkopf schießen könnte. Er drehte seinen Kopf nach rechts. Brutal, mit lauter Stimme, schrie ihn Leutnant Hoppe zweimal an: Ge rade aus! In dem Augenblick erhielt auch Gödicke schon einen Schlag von dem feigen Nordgesindel in den Hinterkopf. Nach zwei weiteren Schüssen durch Lunge und Unterleib brach

Genossen!

Die Einheitsfront des Proletariats kann nur in den Arbeiterräten erhalten werden. Arbeiter aller Großbetriebe! Wählt sofort in Euren Werkstätten Arbeiterräte auf 100 Beschäftigte je 1 Delegierten!

Arbeiter der Kleinbetriebe! Vereint Euch selbständig durch Eure Vertrauensleute zu Wahlkörpern von 100 Mann.

er tot zusammen. Ein Referendar, der den ganzen Vorgang mit beobachtet hatte, sprang entsetzt hinzu und fragte die Kostliken, warum sie diese Gewalttat ausgeführt hätten. Prompt antworteten die Fensterknechte, G. hätte einen Fluchtversuch gemacht. Dabei stand einer dicht neben dem Toten, dem das Gehirn aus dem Kopf lief, und entließ sein Gewehr. Die Mordbuben nebst ihrem sauberen Leutnant werden ihrer Strafe nicht entgehen. Eine ganze Reihe von Zeugen kann die Einzelheiten des Vorganges bezeugen. Wie gefühllos die Mörder waren, beweist auch, daß sie der 14jährigen Schwester des Ermordeten, die zufällig mit einer schwarzen Schürze angetan dazukam, zuriefen: „Na, nun kannst deine schwarze Schürze gleich anbehalten!“

Der Former Kurt Bruder, Salzstraße 1, wurde am 23. März 1920 von Reichswehrsoldaten in der Großen Klausstraße festgenommen und in die Moritzburg gebracht. Dort band man ihm die Hände über dem Kopf zusammen und ließ ihn in dieser Stellung zwei Stunden lang stehen. Die vertierten Soldaten schlugen den Weglosen mit Häuten. Auch wurde er von den Kahlköpfen

mit Nadeln gestochen.

um ihn zu einem Geständnis zu veranlassen. Da man aber trotz der Gewalttätigkeiten nichts von B. erfahren konnte, wurde er bis zum 29. März 1920, abends 8 Uhr, in der Moritzburg eingesperrt und erhielt drei Tage lang nicht die geringste Nahrung.

Natürlich!

Berlin. Vom Reichswehrgruppenkommando I wird mitgeteilt: Durch Entlassung des Reichsmilitärgerichts ist die Sühnhast über den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen aufgehoben und der Prinz aus der Sühnhast entlassen worden. Der Oberbefehlshaber, General von Seckl, verbot daraufhin unter Zustimmung des Regierungskommissars dem Prinzen nach der Entlassung bis auf weiteres den Aufenthalt innerhalb Groß-Berlins.

Es gibt Genossen, die schon über ein halbes Jahr schuldlos in einer Untersuchungshaft sitzen, die der des Radauprinzen sicher nicht vergleichbar ist. Kein Mensch kümmert sich um sie. Der Prinz aber wird trotz seines Substanzverlustes, noch ehe die Verhandlung begonnen hat, auf freien Fuß gesetzt.

Das Existenzminimum im März 1920.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ macht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schneidewitz, Dr. R. Kuczynski, interessante Mitteilungen über das Existenzminimum im März 1920. Kuczynski führt aus:

Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk usw. sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin z. B. kostete im März Brot 5/2 mal soviel wie vor dem Kriege, Zucker 8 mal soviel, Gas 8 mal soviel, Milch 9 mal soviel, Weizen 11 mal soviel, Kartoffeln, Butter und Margarine 8 mal soviel, Schmalz 22 mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 60 mal so teuer wie vor 6 Jahren (1 Pfund im März 1914: 22 Pf., März 1920: 12 Mk.). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zehnfache.

Nach den weiteren Darlegungen des bekannten Statistikers foketens die Lebensmittel, die in den vier Wochen vom 1. bis 28. März 1920 an die Bevölkerung verteilt wurden, pro Kopf 67,74 Mk., während die gleiche Summe von Lebensmitteln in der gleichen Zeit des Jahres 1914 für 6,95 Mk. zu erwerben war.

Dieser Preisunterschied bietet jedoch noch kein volles Bild von der ganzen Größe des Elends. Das ergibt sich erst, wenn man zugleich den Nährwert der zur Verteilung kommenden Lebensmittel betrachtet. Kuczynski schreibt darüber:

Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochen-durchschnitt nur etwa 11200 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von 6 bis 10 Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7x2400 = 16800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16800 - 11200 = 5600 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billiger tun, indem sie sich 1/2 Pfd. Hafersuppe für 4,50 Mk., 9 Pfd. Gemüse für 2,70 Mk., 1 Pfd. Parmelade für 4 Mk. und 1/2 Pfd. Erbsen für 2,70 Mk. ver-kauft. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 31 Mk. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7x3000 = 21000 Kalorien. Die 2000 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 1/2 Pfd. Erbsen für 2,70 Mk., 1/2 Pfd. Margarine für 11,25 Mk., 1/2 Pfd. Reis für 6 Mk., 1 Pfd. Salzheringe für 5,25 Mk., 1 Pfd. Nessel für 2,50 Mk. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 59 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren würde mit 124 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Auf Grund dieser Erwägungen berechnet Kuczynski das Existenzminimum einer Familie im März 1920. Er nimmt als Wochenbedarf für Wohnung 8 Mk., für Heizung 13,50 Mk., für Beleuchtung 6 Mk. an. Für Bekleidung rechnet er ferner hinzu für den Mann 45 Mk., für eine Frau 30 Mk., für ein Kind 15 Mk. Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereimung, Fahrgele, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin für einen Mann 165 Mk., für ein Ehepaar ohne Kinder 241 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren 321 Mk. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9 bis 10 Pf. wert. Die Löhne erreichen diese Zahlen keineswegs.

Kapitalistische Wirtschaft.

Staatliche Tätigkeit und Geschäft. Wie Großindustrielle für ihren Profit sorgen.

Einen sehr interessanten Beitrag zu der Frage der Verquickung von staatlicher Tätigkeit mit persönlichen Interessen, die ja im Helferrich-Prozess eine große Rolle gespielt hat, liefert „Industrius“ in der sechsten erschienenen Nr. 11 des „Sozialist“. Bereits im Juli 1919 hatte derselbe Verfasser im „Sozialist“ einen Artikel „Hinter den Kulissen der Schwerindustrie“ veröffentlicht, deren heftige Angriffe großes Aufsehen erregten, die aber von den Angegriffenen ebenso mit Schweigen beantwortet wurden, wie von der Regierung mit Unfähigkeit.

Industrius schildert u. a. die Beteiligung des Großindustriellen Klöckner — nebenbei bemerkt desselben Mannes, der als einer der Hauptkräfte für die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter anzusehen ist — an der Förderung der belgischen und französischen Industriewerke. Hier sei besonders interessant der Fall der Grube Auboué. Sie war das größte der von der deutschen Schutzverwaltung im französischen Brienbezirk betriebenen Erzbergwerke. Die durch den Kriegsausbruch stillgelegten Hochöfen wollte die Verwaltung wieder in Betrieb setzen lassen, da eine vorsichtige Schätzung ergeben hatte, daß durch Inbetriebnahme der Hochöfen ein monatlicher Gewinn von etwa 500 000 Mk. erzielt werden konnte.

Sobald Klöckner von dem Plan der Inbetriebnahme der Hochöfen Kenntnis erhielt, war es sein Bestreben, dies mit allen Mitteln zu hintertreiben, da ihm und dem Hochofenverband die Konkurrenz eines staatlich betriebenen Werks höchst unangenehm gewesen wäre. Pöglisch trat Klöckner mit der Forderung hervor, daß die Maschinenanlagen von Auboué unbedingt für die Aufrechterhaltung des Betriebes seines Wertes in Knechtlingen notwendig seien. Von der zuständigen Prüfungsstelle des Kriegsministeriums wurde selbstverständlich sofort bescheinigt, daß die Maschinen für Knechtlingen unentbehrlich seien und daß andere Maschinen im besagten Gebiet, die an deren Stelle hätten genommen werden können, nicht vorhanden seien. Bei dem harten Einspruch, den die Schwerindustrie bei den hier in Frage kommenden Stellen hatte, war die Erteilung einer solchen Bescheinigung nicht verwunderlich. Daß sie in keiner Weise den Tatsachen entsprach, wird sogleich gezeigt werden.

Nur 1 1/2 Kilometer von Auboué entfernt liegt das Hochofen- und Stahlwerk Homecourt, das aus technischen Gründen für eine Wiederinbetriebnahme während des Krieges nicht in Frage kam. Dort lagen mehrere große Maschinen, die statt derjenigen aus Auboué an Knechtlingen hätten geliefert werden können. Der Verfasser der amtlichen Bescheinigung über die Unentbehrlichkeit gerade der Maschinen von Auboué weiß nichts davon. Die Maschinen in Auboué wurden abmontiert und nach Knechtlingen geschafft und damit natürlich die Inbetriebnahme der Hochöfen in Auboué unmöglich gemacht. Das dicke Ende kam jedoch nach, als die Franzosen gegen Ende 1918 in Lothringen einrückten. Sie stellten sofort fest, daß der größte Teil der angeblich wegen absoluter Unentbehrlichkeit für Knechtlingen Mitte 1917 in Auboué abmontierten Maschinen noch auf dem Hüftenplatz in Knechtlingen lag und daß sogar die Vorbereitungen für deren Aufstellung noch gar nicht getroffen waren. Nicht mit Unrecht folgerte daraus die französische Behörde, daß die Verschleppung dieser Maschinen von Auboué ein Akt der völkerrrechtswidrigen Sabotage gewesen sei. Es wurde daraufhin der Direktor der Knechtlinger Hütte zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt, ungeschuldigerweise jedenfalls, da er nicht der Kustler gewesen war.

Beschämend ist nur, feststellen zu müssen, daß von deutscher Seite derartige Vorkommnisse ungesühnt bleiben und daß erst die einrückenden Franzosen zur Bestrafung dieser Vergehen eingriffen. Zum Schluß sei noch die Frage aufgeworfen: Wer erstattet der deutschen Verwaltung den außerordentlichen Schaden, der durch Nichtinbetriebnahme der Hochöfen in Auboué und den Weiterbetrieb der Wasserhaltung mittels der teuren Kohle bis Ende 1918 entstanden ist? Die Angabe, daß nach vorsichtiger Schätzung der Gewinn für Auboué monatlich 500 000 Mark betragen haben würde, gibt für die Bemessung des Schadens einen ungefähren Anhalt.

Auch jetzt denkt kein Mensch an Verfolgung dieser Angelegenheit. Das zeigt, wie wenig berechtigt die Entrüstung der Alldeutschen über Erzberger ist, die in ihren Reihen jetzt einflussreiche Leute haben, die dauernd ihre amtlichen Kenntnisse zu ihrer persönlichen Bereicherung ausgenutzt haben.

Riesen-Dividenden.

Handelsmeldungen:

70 Prozent Dividende und einen Bonus. Die Danziger Meccerei-N.-G. beschloß in ihrer Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 70 Prozent und die Gewährung eines Bonus aus Kriegsanleiherücklagen, dessen Höhe nicht angegeben wird (i. Bors. 15 Prozent Dividende).

Eisenhüttenwerk Thale N.-G. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 30 Prozent fest.

Während die Masse der Bevölkerung Löhne und Gehälter bezieht, die oft unter dem Existenzminimum stehen, verteilen die Aktien-Gesellschaften an die „notleidenden“ Aktionäre Rekorddividenden. Nur die Sozialisierung der Betriebe kann diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereiten.

Gewerkschaftliches.

Jämmerliche Gründe.

Die „Gründe“ gegen den Achtstundentag sind oft doch recht jämmerlicher Art. Es bringt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ vom 14. März ein Gutachten des Nürnberger Arbeitgeberverbandes, in dem es heißt:

„Über von dem durch die Personalvermehrung bedingten unproduktiven Kostenaufwand und vielen anderen Nachteilen abgesehen, hat die zu weitgehende Kürzung der Arbeitszeit zweifellos bereits eine Verkümmern der Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses gezeitigt. Den Auszubildenden läßt das täglich vorhandene Arbeitspensum nicht mehr genügend Zeit, um für eine gediegene Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge Sorge zu tragen. Von der Fruchtigkeit des Nachwuchses wird es aber in erster Linie abhängen, ob wir wirtschaftlich wieder hochkommen und das frühere Vertrauen und die Achtung vor unserer Arbeitskraft im Auslande wieder erwerben können oder nicht.“

Zudem häufen sich die Klagen der reiferen, noch aus der früheren Schulung stammenden Kräfte, soweit sie sich durch Pflichterfüllung und Arbeitsamkeit auszeichnen, daß die Kürzung der Lehrlinge, für kaufmännische Betriebe bewährten Arbeitszeit durch das Zusammendrängen des aus obenwähnten Gründen nicht zu verminderten Arbeitspensums, sie stark überlastet und infolgedessen gesundheitlich insbesondere in ihren Nerven schwer schädigt.

Wir sind deshalb der Ansicht, daß ohne Zögern die Mindestarbeitszeit vielleicht zunächst auf 54 Wochenstunden gesetzlich unbedingt festgesetzt werden muß, wenn wir an einen Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens denken wollen.“

Die Sorge um die „Ausbildung“ der Lehrlinge ist wirklich rührend. Noch rührender aber die Anhänglichkeit der „reiferen“ Kräfte an den zehn-, elf- und zwölfstundentag; deren Nerven leiden bei kurzer, nicht bei langer Arbeitszeit. Ob denn die Nürnberger Herren nicht noch einige dümmere Nebenarten ausdenken können? —

Tarifregulierung in der oberschlesischen Großindustrie.

Zwischen den Arbeitgeberverbänden der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie und den Gewerkschaften ist es zu einer Einigung über die Apriltarife gekommen. Bei Schichtarbeitern über Tage betragen die Lohnerhöhungen bis 40 Prozent, bei den Bergleuten und Häuern bis zu 45 Prozent, bei den Förderleuten und Füllern von 30 bis 40 Prozent. Die Unternehmer kündigen schon jetzt auf Grund der Lohnsteigerungen umfangreiche Preiserhöhungen für Kohle und Eisen an. Wie immer denken sie gar nicht daran, die Last der Lohnsteigerung auf das Gewinntkonto zu nehmen, sondern verfolgen die Abwärtzungsmethode weiter. Kapitalistische Wirtschaft.

Aus der Provinz.

Glatz.

Solidarität. Die Wieselbebel Scheiße, Czupalla und Reinitz, die als Führer der Erhebung des hiesigen Infanterie-Regiments 11 gegen die reaktionären Offiziere (natürlich behaupten jetzt diese Ehrenmänner, niemals reaktionär und kappistisch gewesen zu sein) betrachtet werden, wurden auf Veranlassung der Reichswehrbrigade 6 in Siegnitz verhaftet. Darauf drohten die hiesigen Arbeiter in Gemeinschaft mit den Neuroder und Waldenburger Proletariaten in den Generalkrieg zu treten, falls die Verhafteten nicht unverzüglich auf freien Fuß gesetzt werden. Der Wille der Arbeiterschaft drang durch und die Chargierten wurden wieder aus der Haft entlassen. Dieser Akt der Solidarität ist sehr zu begrüßen.

Die Reaktion rüstet weiter.

In dem kerikalen „Glatzer Beobachter“ vom 23. März ist folgendes Inserat zu lesen:

Die Molkereifabrikanten in Glatz stellen noch Freiwillige ein zu den neuen Bedingungen. Täglich 1 Mk. Wohnung, täglich 5 Mk. Reichswehrlage, täglich 2 Mk. Kampflage, und seit dem 18. März täglich 8 auf weiteres eine Sonderzulage von 7 Mk. Verheiratete monatlich 170 Mk. Ruhegeld und die Kinderzulagen. Verwundete er-

halten beim erstenmal eine Entschädigung von 1000 Mk., beim zweitenmal 2000 Mk. Zur Leute von vaterländischer Gesinnung und alter Disziplin wollen sich melden beim 1. Pfüllerbataillon Militärkasernen oder beim 2. Pfüllerbataillon Zubehörfasernen. Entschädigungspapiere mitbringen. Es sollen sich also nur Leute von vaterländischer Gesinnung und alter Disziplin melden. Wahrscheinlich werden die Freiwilligen (dürfen denn überhaupt noch Freiwillige gegeben werden?) erst auf Herz und Nieren geprüft, ob sie die vorgeschriebene „vaterländische Gesinnung“ haben. Unter dieser Gesinnung ist bekanntlich die Liebe für die Monarchie, für Friedrich den Dritten, für Kappliken und Symphonie für Arbeitermord zu verstehen. Die Reaktion rüstet unentwegt weiter!

Waldenburg.

Stabilisierung der S. P. D. Eine Kreisversammlung der S. P. D. für Waldenburg beschloß, wie berichtet wird, dem Oberpräsidenten und den militärischen Stellen ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Außerdem wurden folgende Forderungen erhoben: Die Wahlen zum Reichstage und zu den Landtagen der Länder, sowie der Vertretungen der Kreise und Gemeinden halb auszusprechen und als längste Frist hierfür fünf Wochen festzusetzen. Weiter trat die Kreisversammlung für den Fortbestand der gebildeten Arbeiter- und Bauernräte ein und forderte die Reinerhaltung dieser, diesen Räten und Ausschüssen bis zur Neuwahl zum Reichstage, zum Landtage und zu den Kreis- und Gemeindeförperschaften die vollziehende Gewalt zu belassen, wo sie diese schon haben, und sie ihnen zu geben, soweit sie die Gewalt noch nicht besitzen. In einer Entschließung wurde festgelegt, daß die Sozialdemokratie des Waldenburger Reviers die Durchführung der beim Abbruch des Generalstreiks festgelegten acht Punkte verlangt und daß sie bei deren Nichterfüllung alle Konsequenzen auf politisch-wirtschaftlichem, wie parteipolitischem Gebiet ziehen wird. Um ein erfolgreiches Arbeiten für die Zukunft im Interesse der Arbeiterbewegung zu ermöglichen, tritt die Kreisversammlung für ein Weiterbestehen der bisherigen Arbeitsgemeinschaft mit den linksstehenden sozialistischen Parteien ein und sie erwartet von diesen Parteien das gleiche.

Kunzdorf.

Ruhel. Milchkarte ist beim Amtsvorsteher zu beantragen. Die Entscheidung fällt der Landrat.

Polales.

Dreslau, den 7. April.

Austritt der S. P. D. aus dem Vollzugsrat.

Der Vertreter der S. P. D. im Vollzugsrat ist vor seiner Partei abgerufen worden. Die S. P. D. erklärt, daß die Nachlässigkeit des Reichskommissars diesen Schritt notwendig gemacht habe.

Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

Vollzugsrat.

Die Pressestelle des Vollzugsrates meldet: Entgegen verschiedenen Presseäußerungen kann festgestellt werden, daß die Verhandlungen mit dem Zentrum über seinen Beitritt zum Vollzugsrat nicht abgebrochen worden sind. Die vom ersten Tage des Bestehens an vom Vollzugsrat gepflogenen Verhandlungen wurden zunächst mit der lokalen Parteileitung des Zentrums geführt. Inzwischen hat sich die Bezirksleitung als zuständig in einer Zuschrift an den Vollzugsrat gewandt.

Nachrichten aus der Provinz, deren Tendenzen durchaus durchsichtig sind, besagen, daß Breslau unter der Herrschaft der Kommunisten stünde, die Räterepublik ausgerufen sei, und ein furchtbares Durcheinander herrsche. Unre Breslauer Einwohner werden über dergleichen Tartarennachrichten lächeln. Unruhen und Blauvergießen haben nur die Parteischiffen verursacht. Die zur Beunruhigung der Bevölkerung ausgestreuten Gerüchte bezwecken letzten Endes weiter nichts, als das Militär nach Breslau herbeizurufen. Damit würde die vom Vollzugsrat erstrebte Beruhigung wieder in Frage gestellt werden.

Das Büro des Reichs- und Staatskommissariats befindet sich vom Sonntag ab im Schloß.

Der beim Breslauer Magistrat eingerichtete Untersuchungsausschuß hat auf Grund vorliegenden Materials über Beteiligung am Militärputsch beurteilt: Brandmeister Stude, Betriebsingenieur Lindner, Betriebsassistent Neefe, Marineingenieur Müller, Büroangestellter Groh.

Die am Karfreitag auf der Ausloßkajene Block III geflagte schwarzweißrote Fahne ist auf Veranlassung des Reichskommissars nieder entfernt worden.

Auf Veranlassung des Reichskommissars ist der in Diegnitz verhaftete Kraftwagenführer Sergeant Winter wieder entlassen.

Für den Bereich des Oberpräsidiums, insbesondere für die Ober-Strombau-Verwaltung, ist ein Zentralkomitee mit zwei Beisitzern Arbeiter ernannt worden, der neben der allgemeinen Vertretung der Arbeiterinteressen das von der Arbeiterkammer vorgebrachte Beschwerdematerial zu prüfen hat, das gegen Beamte und Vorgesetzte der Ober-Strombau-Verwaltung aus der Zeit der Kapp-Regierung vorliegt.

Aus der Provinz gehen täglich zahlreiche Anfragen an das Reichskommissariat ein, in denen um Auskunft über Art und Einrichtung von Untersuchungsausschüssen gebeten wird. Der Reichskommissar empfiehlt in den Fällen, wo die von Behörden und kommunalen Verwaltungen eingerichteten Ausschüsse durch Beteiligung reaktionärer Beamter nicht die Gewähr eines unparteilichen Vorgehens bieten, selbständige Ausschüsse einzurichten. Bei der Zusammenfassung wären vertrauenswürdige Vertreter derjenigen Parteien anzuziehen, die sich an der Abwehr des Putschs beteiligt haben. Aufgabe dieser Untersuchungsausschüsse ist, einwandfreies Material zu sammeln und dem Reichskommissar zu übersenden.

Achtung!
Gewerkschaftsbeamte und Kartelldelegierte der U. S. P.: Freitag, den 9. April, abends 7 Uhr: Sitzung im Parteibüro. Der Ortsrat.

Achtung!
Aktionenführer und Räte: Mittwoch, den 7. April, abends 7 Uhr: Lagerordenit. Räteversammlung. Wichtige Tagesordnung. Der Ortsrat.

Distrikt 1 und 2.
Donnerstag, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr: Distriktsversammlung im Lokal Parteipost, Weiße Ohle.

Distrikt 9.
Freitag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung bei Scholz, Leuthenstr. 12/14. Sämtliche Kassierer des Distrikts treffen sich am Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr, ebenfalls bei Scholz.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Rubinat; für die Inserate Fritz Ulrich; Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Mittwoch 6 Uhr:
Die Frau ohne Schellen.
Donnerstag 7 Uhr:
Die Wassenschmid.

Jobe-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ariel Acosta.

Cholia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Vou fünf bis sieben

Schauspielhaus.
Dienstag abends 8 1/2 Uhr:
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gasparone.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Schlossbarock.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Seyrl tanzt Walzer.

Viktoria-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
„Der selige Balduin“.

Zeltgarten.
Ab 1. April
Täglich 7 1/2 Uhr:
Harry Bienenstein
der arkomische in seinem Ensemble
Dazu die glänzenden Spezialitäten.

Figaro-Theater.
Bischhofstraße 4/5
Percept. Ohle 1759.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die beiden Blinden
Operette v. Offenbach und
das neue riesige April-Programm.

Inferate.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die beiden Blinden
Operette v. Offenbach und
das neue riesige April-Programm.

Sarravani.
Schluss der Saison:
18. April.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mittwoch Sonntag auch 3 Uhr
Wild-West
Ein romantisches Reiterspiel in 8 Bildern.
Der neue Zirkus-Spielplan
Vorverkauf: Kilian & Co., Tauenzienplatz, Jeglitz & Co., Ohlauer Str., Ecke Taschenstraße und Zirkuskasse.

OR
38 Mathiasstr. 38
Nur bis Donnerstag!
Der stärkste Kriminalroman
Der
Doppel-Mörder
und doch
unschuldig
nach dem Roman
Die Duplizität der
Ereignisse
mit
Alb. Bassermann
Elise Bassermann
Gertrud Walker
5 atemberaubende Akte.

Waldenburger
Westendstrasse 59 52
Bis einsch. Donnerstag
Das
Doppel-Mörder-
Programm
Das
Wellengrab
mit Lydia Sorde
Doppel-Akte
Trotz:
Die lebende Brücke
Nach einer wahren
Ergebnisse
spannende Akte
Schnell und fest
2. Kommando Akte mit
Wanda Wessmann
und Tingo Larsen

Gesellschaftshaus Tannenhof
Berliner Strasse 20.
Telefon Ohle 479.
Jeden Dienstag und Sonntag:
Vornehmer Tanz!
Erstklassige
Wiederholung.

TL
Direkt. C. Scholz
Regieleitung:
Kapellmeister S. Brischke
Nur 3 Tage:
Die Retterin
Grosses
Detektiv-Schauspiel
in 4 Akten mit
Christa Christensen
und
Bruno Kastner
in den Hauptrollen
Zaterog
Ein Hochgebirgs-Sage-
voll spannenden und
sensationalen Inhalts
in 4 Akten
Hauptdarsteller:
Rolf Randolf
dazu
der Original-Schwank
Paul & Pauline
in 3 Akten
Wiederig. Akt 4. Sonntag 3 Uhr

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Toni Tatzler
in dem Sensationsstück
Die Herrin ihrer Tat!
Hans Hauser
Humorist
Berny u. Stott
in ihren Tauschsophungen
u. das grosse Aprilprogramm

ZEPTER-KINO
Klosterstr. 47
Täglich ab 3 Uhr
bis Donnerstag
Mia Mai 56
Blüte
Die Herrin der Welt
4. Teil
Neger-König Makembe
6 Akte.
Abgeschlossen
Burlische.

Achtung! Wo?
kann man sein und sein.
Spiel wertigen Er-
richtungen an Mägen
und verpackten?
Bei H. Kluge,
Königsplatz, nur 1. Etg.

Kranke
Herzkranken, Haut- und Ge-
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von anse-
hlichen Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke,
Feldstr. 22, II. Etg. Ohle 1924,
9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Zepter-Kino
Klosterstr. 47
Täglich ab 3 Uhr
bis Donnerstag
Mia Mai 56
Blüte
Die Herrin der Welt
4. Teil
Neger-König Makembe
6 Akte.
Abgeschlossen
Burlische.

Waldenburger
Westendstrasse 59 52
Bis einsch. Donnerstag
Das
Doppel-Mörder-
Programm
Das
Wellengrab
mit Lydia Sorde
Doppel-Akte
Trotz:
Die lebende Brücke
Nach einer wahren
Ergebnisse
spannende Akte
Schnell und fest
2. Kommando Akte mit
Wanda Wessmann
und Tingo Larsen

Achtung! Wo?
kann man sein und sein.
Spiel wertigen Er-
richtungen an Mägen
und verpackten?
Bei H. Kluge,
Königsplatz, nur 1. Etg.

Kranke
Herzkranken, Haut- und Ge-
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von anse-
hlichen Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke,
Feldstr. 22, II. Etg. Ohle 1924,
9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine
Sitzung des provisorischen Aktions-Ausschusses
und der Vorstände der drei sozialistischen Parteien statt.
Die Vorstände der Parteien sind schriftlich ein-
geladen worden.
Der prov. Aktions-Ausschuß
Die U. S. P. D. Breslau.

Täglich einliefernd
frische Fische
Kabeljau
Schellfisch
Rotzungen
Plötzen
geräucherte Schotten
Lobusheringo
H. Kieler Bücklinge
u. a. m.
Alttauer Fischhalle
Hauptgeschäft: Hier: enstr. 3/4
Zweiggeschäft: Friedr.-Wilh.-Str. 70

Zum Einkauf von
Häuten und Fellen
habe ich am
Neumarkt Nr. 41
ein Zweiggeschäft errichtet und zahle für alle Sorten
höchste Tagespreise.
Hermann Rosenthal, Antonienstraße Nr. 17
und Neumarkt Nr. 41

Wir rufen alle
Damen, welche Hüte umzupressen haben,
nach der bekannten Hutfabrik auf der
Goldarbeiter
Seite — am Rathaus 16/17 — woselbst die Um-
arbeitungen schnellstens vorgenommen werden.
Martha Cohn
Am Rathaus 16/17, Goldarbeitersseite.

Häute und Felle
jeher Art kaufen zu höchsten Tagespreisen
Gutsche & Co.
Breslau 1, Ursulastr. 19 20, Ecke Schloßstr.
Fernspr. Ohle 1171, nach Geschäftsschluss Ohle 6295

Häuten, Felle Mai-Feier 1920
jeder Art kaufen zu allerschönsten Tagespreisen
Osinski u. Nihlantz
Friedrichstraße 51a/51b
Soeben erschien Katalog 43
Reichhaltiges a. Metall, Band
u. Papier, Dekorationsstoffe,
Prolog, Theaterstoffe, Sage etc.
Rich. Lipinski, Leipzig
Wer erfindet?
Ich erfinde nicht Er-
findungen, sondern ich
finde die besten Erfindungen
des Jahrhunderts für Sie.
umsonst.
Gebr. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
für
Herren u. Knaben
zur eleganten Bekleidung

Gut und preiswert
kaufen Sie im
Wirtschaftsmagazin
H. Sachs
Gartenstr. 95,
Ohlauerstr. 68.
Schöne helle Schlafzimmer
bestehend:
1 Schrank, 1 Wasch-
kommode mit Spiegel
und Spiegel, 2 Stühle
stellen mit Patent-
auflegematratzen und
Kissen, 2 Nach-
tische mit Platte
Max Giesel
Brüderstr. 23.
Zigarren Zigaretten Tabak
kaufen Sie am vorzüglichsten
im
Zigarrenhaus
O. Warth, Hauptstr. 1
Eingang Hauptstr.
Summwaren
Schöner, feiner, billiger,
ausgezeichnete,
ausgewählte
Summwaren
H. Kluge
Breslau 1, Schloßstr. 79,
1. Stock vom Ring.